

## Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	2/2020
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	18.02.2020
Zeit:	19:00 Uhr – 20:00 Uhr
Ort:	Ratssaal
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<b><u>FW</u></b> Stadträte Fritsch, Rehberger, Dr. Rothe, Scholl, KH Streib und Wachert <b><u>Grüne</u></b> Stadträtinnen Geißler, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein und Konrad <b><u>CDU</u></b> Stadträtinnen Harant, Oppelt und von Reumont, Stadträte Bernauer und Wagner <b><u>SPD</u></b> Stadträtinnen Linier und Oehne-Marquard, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Keller und Schimpf <b><u>Linke</u></b> Stadtrat La Licata
weiter anwesend:	Herr Horvath (FB 4)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen Stephanie Streib und Groesser Stadtrat Rupp
Urkundspersonen:	Stadträte Linier und La Licata
Sachvortrag:	Herr Horvath zu TOP 2
Schriftführerin:	Frau Polte

## Bürgerfragestunde

Zwei Elternbeiratsvorsitzende des städtischen Kindergartens Waldhilsbach fragen zu den Zukunftsentwicklungen des Kindergartens:

- 1) *Es wurde ein Bauwagen für die Waldgruppe beantragt. Kann der Platz, auf dem er aufgestellt werden soll, schon vorbereitet werden?*

Der Bürgermeister antwortet, es gebe eine sehr lange Lieferfrist (bis zu ½ Jahr) für den Bauwagen. Er sei im Dezember bestellt worden, daher sei für die Vorbereitung des Untergrunds noch etwas Zeit. Die Stadt sei bereits vorbereitet, und die Vorarbeiten würden rechtzeitig eingeplant.

- 2) *Was passiert mit der Wohnung im Kindergarten?*

Der Bürgermeister erläutert, die Wohnung stehe derzeit leer. Die Stadt sei im Gespräch mit der Kindergartenleitung. Grundsätzlich werde die Stadt Räume brauchen. Der Kindergarten Mückchenloch werde voraussichtlich in den nächsten 2 Wochen fertig, danach könne man an die Planungen für den Kindergarten Waldhilsbach gehen - wünschenswerterweise in der zweiten Jahreshälfte; die Stadt werde dann über die Planungen informieren.

- 3) *Wegen des gesperrten Spielplatzes seien 68 Kinder im Kindergarten eingeschlossen und könnten nicht auf die Außenanlage.*

Der Bürgermeister erklärt, der TÜV habe alle 29 Spielplätze im Stadtgebiet begangen und sehr streng geprüft. Zahlreiche Maßnahmen seien notwendig. Die Stadt wolle so viel wie möglich selbst mit eigenen Kräften umsetzen. Es müsse zunächst die „Bugwelle“ abgearbeitet werden.

- 4) *Wann wird die Baugenehmigung für die Erweiterung beantragt, wie geht es weiter, gibt es Auswirkungen der Planungen, etwa auch zum Hochwasserschutz, auf die Gartengestaltung?*

Der Bürgermeister informiert, die Themen Hochwasserschutz und Starkregenrisikomanagement würden nach ihrem Abschluss im Gemeinderat vorgestellt, danach könne man dann an die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen gehen. In Waldhilsbach werde voraussichtlich mehr zu tun sein als lediglich Schutzmaßnahmen am eigenen Kindergartengebäude.

- 5) *Die vom letzten Gemeinderat beschlossene Gebührenerhöhung werde als Belastung für die Eltern empfunden. Von den 2012 auf 97,- € festgelegten Gebühren für das 1. Kind sei man nun 2019 bei 157,- € angelangt. Zusätzlich fragwürdig: der Kindergarten Waldhilsbach mache nur 10 Minuten früher auf als der Kindergarten Feuertor, dennoch gebe es einen deutlichen Unterschied bei den Kosten. Das Personal werde doch lediglich umgeschichtet, es entstehen keine Personalkosten. Etliche Eltern hätten Widerspruch erhoben und seien vom Landratsamt informiert worden, dass der Widerspruch keine Aussicht auf Erfolg habe, die Eltern die Widersprüche zurückziehen sollten und dafür auch noch 68,- € ans Landratsamt zahlen. Es sei auch sehr unglücklich gewesen, dass das zuvor abgesandte Schreiben der Stadt in die Zeit des Kindergartenurlaubs gefallen sei. Da mache das Landratsamt wohl „einen Reibach“. Sei damit beabsichtigt, dass die Bürger ihre Bürgerrechte nicht mehr wahrnehmen können?*

Der Bürgermeister antwortet, die Kalkulationen bezüglich der verschiedenen Kindergärten sei mit ihren platz-, zeit- und altersabhängigen Komponenten sehr umfangreich, und erlauben keinen direkten Vergleich der Kindergärten untereinander. Nur maximal 20 % der entstehenden Kosten werden über die Elternbeiträge abgedeckt,

rund 80 % trägt die Stadt, damit der Steuerzahler. Er bestätigt, dass es nach dem Satzungsbeschluss einige Einsprüche gegeben habe. Die Stadt habe allen Einsprechern ihre Rechtsauffassung vermittelt und darauf hingewiesen, dass ein Widerspruch ohne Kosten zurückgenommen werden könne. Sofern er aufrecht erhalten wird, entscheidet das Landratsamt. Er vermutet, dass die Kosten für die Rücknahme eines Widerspruchs gegenüber dem Landratsamt mit der angeforderten Verwaltungsgebühr von 68,-€ voraussichtlich noch deutlich unter den Kosten für einen förmlichen Widerspruchsbescheid liegen. Es sei jedoch völlig normal, dass eine Verwaltung, der durch die Prüfung von Widersprüchen Kosten entstehen, diese Kosten dann auch weitergibt. Hinsichtlich der Gebührensteigerung erinnert er daran, dass die Gebühren schon längere Zeit nicht mehr erhöht worden seien, hierdurch sei nun ein größerer Sprung entstanden. In Zukunft wolle man solche Sprünge durch häufigere, aber niedrigere Anpassungen geringer halten.

- 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr.1/2020 vom 28.01.2020**
- 1.1: **Sachvortrag:**  
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
- 1.2: **Beratung:**
- 1.3: **Beschluss:**  
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
  
- 2: **Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften vom 02.05.2017 – Änderung der Anlage 1 (Objekt-und Gebührenverzeichnis)**
- 2.1: **Sachvortrag:**  
Die Tischvorlage des FB4 –Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Horvath erläutert die vorgelegten Zahlen. Die Kalkulation sei sehr kurzfristig fertig gestellt worden, nachdem noch Betriebskostenabrechnungen eingegangen seien. Die Stromkosten fehlen bisher bei den meisten Objekten. Neu an der Anlage 1 sei, dass das Objekt „Herrenweg 17“ entfernt wurde, da es zum Abriss ansteht. Zusätzlich seien beim „Pflug“ und im Gebäude Walkmühle 8 die Benutzungsgebühren pro qm hochgegangen, da die Stadt eine lockerere Belegung vorsieht. Die Betriebskostenpauschale sei gesunken, ebenso bei den Objekten Villa Kiwi und Güterbahnhofstr. 8. Bei den Objekten Neckarstr. 26 und 28 seien die Stromkosten schon bekannt, daher die Betriebskostenpauschale höher.
- 2.2: **Beratung:**

Stadtrat Wachert hält es für sinnvoller, wenn der Gemeinderat 1x jährlich über die Kostenentwicklungen unterrichtet wird, als wenn das Thema jedes Mal im Gemeinderat abgestimmt werden muss. Der Bürgermeister antwortet, es handle sich um eine Satzung; das Satzungsrecht liege allein beim Gemeinderat, nicht beim Bürgermeister.

Stadträtin von Reumont befürwortet die Besprechung im Gemeinderat, vor allem da es nun das erste Mal sei, dass der neu gewählte Gemeinderat informiert werde.

Stadtrat Wagner möchte wissen, wieviele Obdachlose es in Neckargemünd gebe. Herr Horvath gibt Auskunft über die Zahlen des letzten Monats: Insgesamt 162 Personen befinden sich in städtischer Unterbringung, davon 132 Geflüchtete und 30 Obdachlose; letztere mit steigender Tendenz.

Stadträtin Schlüchtermann fragt, an wen bei der Stadt sich Personen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, oder bereits obdachlos Gewordene mit ihren Problemen wenden können. Herr Horvath antwortet, das Ordnungsamt (Fachbereich 4) sei zuständig.

### 2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Änderung der Anlage 1 (Objekt- und Gebührenverzeichnis) wie in der Tischvorlage aufgeführt. Die Anlage tritt ab 01.03.2020 in Kraft.

## 3: **Mitteilungen und Anfragen**

### 3.1 **Gemeinderats-Besichtigungstermin Bauhof**

Stadtrat Wachert regt eine Führung im Bauhof-Areal an, bei der die Ausstattung und der bauliche Zustand erklärt werden. Damit bekäme der Gemeinderat bessere Entscheidungsgrundlagen. Dies wird vom Bürgermeister zugesagt. Dieser kann sich auch eine Verbindung mit einer Besichtigung des Rathauses vorstellen, evtl. an einem Freitag Vormittag oder Montag Nachmittag.

### 3.2 **Müllbehälter Unter der Friedensbrücke**

Stadtrat Wachert regt die Anbringung größerer Müllbehälter an. Die bestehenden seien zu klein, daher immer überfüllt.

### 3.3 **Plakatierung am „Schwanen“**

Stadtrat Fritsch kritisiert die Am „Schwanen“ angebrachte Plakatierung für und gegen die Erweiterungspläne beim „Schwanen“. So etwas schade dem Ansehen der Stadt. Er hätte gerne geprüft, ob die Plakate, die vom öffentlichen Straßenraum aus sichtbar sind, bei der Stadt genehmigt sind. Er würde gerne intervenieren bzw. anregen, dass der Bürgermeister dies tut. Herr Horvath weist darauf hin, dass es sich um ein laufendes Verfahren handelt.

### 3.4 **Schadensprüfung vorderer Teil des Neckarlauers**

Stadtrat Konrad möchte wissen, ob der vordere Teil des Neckarlauers in Richtung Eisenbahnbrücke schon hinsichtlich Schäden sowie ggf. erforderlichem Personenschutz geprüft worden sei. Der Bürgermeister antwortet, das Bauamt bearbeite zurzeit die Thematik gemeinsam mit einem Ingenieurbüro.

### 3.5 **Abgestorbene Bäume in Kleingemünd**

Stadträtin Dr. Welter berichtet, in der Saarstraße / Ecke Kraichgaustraße seien zwei Bäume abgestorben, einer davon beim Sturm umgefallen. Auch in der Odenwaldstraße sei ein abgestorbener Baum. Der Bürgermeister sagt zu, die Informationen an die Stadtgärtnerei weiterzuleiten.

### 3.6 **Anschaffung von krähensicheren Müllbehältern**

Stadtrat Dr. Rothe regt an, bei der Anschaffung von Müllbehältern für den öffentlichen Raum darauf zu achten, dass sie krähensicher sind.

### 3.7 **Umgang mit Protokollen der Verkehrstagfahrten**

Stadtrat Katzenstein regt an, diese auf die städtische Homepage zu stellen. Der Bürgermeister antwortet, die Stadt sei nicht Autor der Protokolle, außerdem seien diese nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

### 3.8 **Versorgung des Gewerbegebiets Dilsberger Straße mit Fibernet**

Stadtrat Katzenstein berichtet, dass die Versorgung des Gewerbegebietes über ein entsprechendes Bundesprogramm ermöglicht werde. Das Gebiet werde voraussichtlich innerhalb eines Jahres versorgt sein. Er informiert, es gebe eine neue Förderoffensive, die sich für die Ortsteil-Anbindungen eignen könnte.

### 3.9 **Termin für Einweihung der Kindergartenerweiterung Mückenloch**

Stadtrat Bergsträsser bittet darum, dass die Ortsverwaltung Mückenloch den Termin für die Einweihung bekommt, sobald er festgelegt ist. Dies sagt der Bürgermeister zu. Voraussichtlich werde der Kindergarten Anfang März fertig.

### 3.10 **Neuer Edeka am Tunnel**

Stadträtin Oppelt fragt, wann der Bau fertig wird. Der Bürgermeister hat hierzu keine Informationen.

### 3.11 **Beginn Jugendbeteiligung**

Stadträtin Schlüchtermann spricht der Verwaltung ein Lob aus, dass das Projekt Jugendbeteiligung bereits jetzt begonnen wird.

### 3.12 **Bauwagen für Kindergarten Waldhilsbach**

Stadtrat Keller weist darauf hin, dass Baumfällarbeiten grundsätzlich nur bis Ende Februar zulässig sind. Der Bürgermeister antwortet, sofern es sich um ein Bauvorhaben handle, gelten diese Fristen nicht.

### 3.13 **Vorfahrtsregelungen Umgehungsstraße am Tunnel**

Stadtrat Keller erinnert daran, dass man sich die abknickende Vorfahrt gewünscht habe. Der Bürgermeister erklärt, dass das Landratsamt die Verkehrsströme vom Tunnel Richtung Menzer Park und umgekehrt anders sieht als die Stadt. Das Landratsamt

wolle die Ampelanlage optimieren. Die Verwaltung werde beobachten, was eine geänderte Ampelschaltung bringt. Allerdings habe die Stadt keinerlei Rechte, Anordnungen für den Verkehr zu treffen bzw. in die Verkehrsführung einzugreifen. Im Übrigen wolle er den Sachverstand der Fachleute nicht anzweifeln.

### 3.14 **Erhaltung des Arztsitzes in Mückenloch**

Stadträtin Oehne-Marquard fragt, ob es Überlegungen gebe, den Arztsitz in Mückenloch zu erhalten. Der Bürgermeister berichtet, er sei vom Mückenlocher Ortsvorsteher über die Situation informiert worden. Für den Engpass gebe es die Lösung, dass der Arzt, der bereit wäre, einen halben Platz in Neckargemünd zu übernehmen, einen weiteren Arzt dazunimmt, so dass an beiden Standorten eine Arztversorgung mit einem ganzen Sitz erreicht wird. Die erste Aussage, ein Arzt könne nicht in zwei Planungsräumen arbeiten, sei falsch gewesen. Halbe Stellen müssten und könnten ausgeglichen werden. Die Überschrift in der Rhein-Neckar-Zeitung sei falsch gewesen, was ihn geärgert habe. Die Stadt könne aber lediglich vermitteln. Auch er hoffe, dass der Arztsitz in Mückenloch erhalten bliebe.

Stadtrat Katzenstein fügt an, der Arztsitz Mückenloch sei ausgeschrieben worden, möglicherweise würde sich ja noch jemand dafür melden, so dass es evtl. noch eine weitere Lösung geben könnte. Insgesamt sei die ärztliche Versorgung in Neckargemünd gut, vor allem hinsichtlich des Fachärztesbesatzes.

### 3.15 **Bewirtung Neckarriedkopfhütte**

Stadtrat Wagner bezieht sich auf den heutigen Artikel in der Rhein-Neckar-Zeitung. Gebe es inzwischen neue Informationen hinsichtlich der Bewirtung? Der Bürgermeister antwortet, die Ausschreibung laufe derzeit noch. Es gebe Pachtinteressenten, zurzeit fänden noch Besichtigungstermine statt. In diesem Jahr habe man eine bessere Ausgangssituation, da die Hütte schon fertig sei.

Stadtrat Fritsch regt an, dass in der Hütte für die Wanderer am Neckarsteig Stempelinträge in das Wanderbuch vorgenommen werden.

### 3.16 **E-Tarif des VRN**

Stadtrat Keller nimmt Bezug auf einen in der Rhein-Neckar-Zeitung erschienenen Leserbrief bezüglich der Extrawabe zwischen Heidelberg und Neckargemünd. Grundsätzlich sei es eine gute Sache, dass man mit dem E-Tarif günstiger nach Heidelberg kommt, allerdings müsse man sich mit dem Mobiltelefon registrieren – so etwas lehnen manche Menschen ab. Auch diese müsse der VRN „abholen“. Außerdem zu bedenken: man muss sich jedesmal ein- und ausloggen und eine Internetverbindung haben.

Stadtrat Hertel ergänzt, dass sozial Schwache den E-Tarif eigentlich nicht nutzen können; der Preisunterschied zeige die Ungerechtigkeit dieser Extrawabe auf.

Stadtrat Katzenstein spricht sich nachdrücklich für den E-Tarif aus.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen  
Stadträtin Linier

Die Schriftführerin

Stadtrat La Licata